

Positionspapier „Europäisierung des Holocausts“

Schwerpunkt des Forschungsprogramms des Wiener Wiesenthal Instituts bildet eine Reihe von Projekten, die dazu geeignet sind, eine Europäisierung der Holocaust-Forschung entscheidend voranzutreiben.

Nach wie vor wird die Holocaust-Forschung vor allem im jeweils nationalen Kontext mit vorwiegend auf das jeweilige Land entwickelten Fragestellungen betrieben. Durch die Forschungen vor allem der letzten zwei Jahrzehnte ist jedoch hinreichend deutlich geworden, dass der Holocaust als ein europaweites Phänomen nur adäquat im Rahmen einer europäischen Forschungsperspektive erfasst werden kann, die selbstverständlich die zentrale Rolle NS-Deutschlands als hauptverantwortlichen Verursacher der systematischen Vernichtungspolitik nicht in Abrede stellen will.

Sieht man den Holocaust in einer europäischen Perspektive, so ist nicht nur evident, dass der Verfolgungs- und Vernichtungsapparat europaweit organisiert war, sondern es wird deutlich, wie unterschiedlich sich die Verlaufsgeschichte des Holocausts in den einzelnen Ländern darstellt, was sich insbesondere in einer großen Diskrepanz der Zahlen von Opfern und Überlebenden niederschlägt. Dieser unterschiedliche Verlauf hing nicht nur von der Politik der deutschen Seite und der Intensität der von ihr betriebenen Vernichtungspolitik ab, sondern insbesondere auch von der Bereitschaft einheimischer Kräfte in den diversen besetzten bzw. verbündeten Staaten, die deutsche Politik zu unterstützen. Hat einer der Schwerpunkte der Holocaustforschung bisher auf der „Genesis“ der Endlösung gelegen, so wäre nun in einem weiteren Schritt zu fragen, welche Faktoren dazu geführt haben, das Programm der systematischen Vernichtung auch 1941/42 auf weitere Länder auszudehnen und bis zum Kriegsende europaweit aufrechtzuerhalten. Diese Perspektive macht es aber erforderlich, den Verfolgungsapparat in seinen europäischen Dimensionen zu rekonstruieren und die jeweiligen Tatanteile in den einzelnen Ländern des von Deutschland beherrschten Europas stärker ins Bewusstsein zu rücken.

Eine Europäisierung der Holocaustforschung betrifft aber nicht nur die Tätergeschichte, sondern erlaubt es auch, die Reaktion der Opfer in einer erweiterten Perspektive zu sehen. Sammeln und Weitergabe von Informationen über den Holocaust, Flucht, Versteck, Rettungs- und Hilfsaktionen sowie unterschiedliche Formen des Widerstandes waren häufig

grenzüberschreitend und beeinflussten auch das Verhalten der Täter. Die Auswirkungen dieser Aktivitäten erschließen sich erst in vollem Umfang im europäischen Kontext.

Dass der Holocaust vielfach unter den Augen der Zeitgenossen stattfand, dass viele, auch außerhalb Deutschlands, von dem „Verschwinden“ der Juden profitierten und es befürworteten, wirft Fragen auf, die über die Täterforschung im engeren Sinne hinaus von Bedeutung sind: Es geht um das Ausmaß des Antisemitismus in den einzelnen Ländern, um Probleme des jüdisch/nichtjüdischen Verhältnisses sowie um die unabwiesbare Frage nach Verdrängung bzw. Aufarbeitung der eigenen Schuld bzw. Mitschuld. Auch hier bieten sich Vergleiche und transnationale Perspektiven an, die in einem europäischen Rahmen zu leisten sind.

Eine Europäisierung der Holocaust-Forschung eröffnet nicht nur vielversprechende Forschungsperspektiven, sondern sie ist unabdingbare Voraussetzung, um den Holocaust als Bestandteil einer europäischen Erinnerungskultur fest zu verankern..

Die nationalsozialistische Politik der systematischen Ermordung der europäischen Juden bedeutet eine tiefgreifende Zäsur in der Geschichte von mehr als zwei Dutzend europäischer Staaten: Die teilweise oder annähernd vollständige Vernichtung der jüdischen Minderheiten und ihrer Kultur unter den Augen der Zeitgenossen ist ein Phänomen, das in seiner europäischen Bedeutung noch zu wenig erfasst ist und das auf europäischer Ebene angegangen werden muss.

Aus der Perspektive der Forschung geht es dabei zum einen um die Sicherung und die Ermöglichung des Zugangs zu Dokumenten, die über Archive in ganz Europa (und darüber hinaus) verstreut sind, in einem europäischen Rahmen. Hierzu werden durch das EHRI-Projekt, an dem das VWI beteiligt ist, wichtige Schritte unternommen.

Zweitens geht es um den verstärkten Austausch zwischen Wissenschaftlern, die vorwiegend in nationalen Forschungskulturen verankert sind. Hierzu kann das VWI als Standort für Stipendiaten aus unterschiedlichen Ländern sowie als Ort der Begegnung und des Austauschs einen wichtigen Beitrag leisten.

Drittens geht es mittelfristig um die Weiterentwicklung von Projekten, die beispielhaft auf den folgenden Seiten kurz skizziert sind. Eines dieser Projekte - Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit – wird zur Zeit mit dem Ziel, bis Jahresende eine antragsfähige Projektbeschreibung zu erarbeiten, weiterentwickelt.

Das skizzierte Forschungsprogramm sollte aber auch dazu beitragen, ein stärkeres historisches Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass das europäische Projekt mit dem Zweiten Weltkrieg und den millionenfachen Opfern nationalsozialistischer Rassenpolitik einen historischen Bezugsrahmen besitzt, ohne den die Initiierung und Fortentwicklung des europäischen Zusammenschlusses kaum denkbar wäre. In diesem historischen Kontext, in dem die europäische Einigung steht und weiter stehen wird, muss aber die Ermordung der Juden als ein historisch einzigartiges Ereignis den ihr zustehenden Platz erhalten.

Das VWI hat das Potenzial, hierzu einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Projektskizzen

1. Antijüdische Gesetzgebung, in Europa, 1919/1933 bis 1938/41

Im Rahmen dieses Projektschwerpunktes soll die antisemitische Gesetzgebung in Europa im Zeitraum seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und vor der Errichtung deutscher Besatzungsregime bzw. vor Beginn der systematischen Ermordung der europäischen Juden in einem transnationalen und international vergleichenden Ansatz untersucht werden.

Das nationalsozialistische Deutschland stellt den historischen Präzedenzfall eines Staates dar, der nach und nach alle Lebensbereiche mit einer rassistischen Gesetzgebung überzog: Insgesamt wurden nach 1933 4000 antisemitische Gesetze und Rechtsverordnungen erlassen. Dieses deutsche Modell muss aber im Kontext entsprechender Bestrebungen in anderen europäischen Staaten gesehen werden: Antisemitische Gesetzgebungsprojekte wurden seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in einer Reihe von Ländern verfolgt; diese Bestrebungen erhielten nach 1933 verstärkter Auftrieb und führen in mehreren Staaten zu einer antijüdischen Sondergesetzgebung. Der Schwerpunkt der Diskriminierung lag dabei in auffälliger Übereinstimmung im öffentlichen Dienstes, in den freien akademischen Berufen sowie im Kultur- und Bildungsbereich. Entsprechende Aktivitäten lassen sich in Ungarn, Rumänien, Italien, Jugoslawien, Polen sowie die Slowakei zu nennen

Das Projekt soll die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen diesen diversen nationalen Ansätzen analysieren. Sichtbar gemacht werden soll eine europaweite Gegenbewegung gegen die in meisten europäischen Staaten seit etwa 1870 durchgesetzte rechtliche Emanzipation der Juden, die im Zusammenhang mit der Neuformierung bzw. Neuorientierung von Nationen nach dem Ersten Weltkrieg einen ersten, mit der

„Machtergreifung“ in Deutschland einen zweiten Anstoß erhielt. Ausgelotet werden soll auch, inwieweit die Gesetzgebungsprojekte in anderen Ländern zu einem Rückkoppelungseffekt in Deutschland führten. Zu fragen ist dabei insbesondere nach den Hauptakteuren, Kommunikationsforen und Zentren dieser europäischen, anti-emanzipatorischen Bewegung. Das Projekt soll rechtshistorische und politikhistorische Perspektiven miteinander verbinden.

2. Judenmord und europäische Öffentlichkeit

Entgegen einem weitverbreiteten Klischee von der totalen Geheimhaltung der „Endlösung“ enthalten die zeitgenössischen Medien eine Fülle von Informationen über den Prozess der Vernichtung der europäischen Juden: Offene Vernichtungsankündigungen, Rechtfertigungen des Mordprogramms, Hinweise auf die Bildung und Räumung von Ghettos, Deportationen etc.

Zur Frage, wie die „Endlösung“ in den deutschen Medien thematisiert und wie weit verbreitet der Kenntnisstand über den Mord an den Juden in der deutschen Bevölkerung war, liegen seit einigen Jahren eine Reihe von substantiellen Arbeiten vor (Bajohr/Pohl, Bankier, Dörner, Herff, Longerich). Die Ergebnisse dieser Forschungen legen es nahe, von einem „offenen Geheimnis“ zu sprechen.

Ansatzweise ist dieser Themenkomplex für eine Reihe weiterer Länder erforscht, so zum Beispiel für Frankreich und die Schweiz. Anders stellt sich die Situation in den Ländern in denen die Haupttorte lagen: Hier, in Polen, in der Sowjetunion und in Jugoslawien war die Ermordung der Juden eine praktisch für jedermann offene Tatsache.

Das Projekt soll sich auf zwei westeuropäische (zum Beispiel Frankreich, Niederlande), zwei bis drei südosteuropäische (z.B. Italien, Slowakei und Ungarn) und drei neutrale Staaten konzentrieren (z.B. Schweden, Schweiz, Spanien). Zu fragen ist dabei erstens nach dem Informationsfluss innerhalb internationaler Organisationen (Internationales Rotes Kreuz, christliche Kirchen) sowie innerhalb und zwischen nationalen Einrichtungen (diplomatische Dienste, Exilregierungen, Geheimdienste); zweitens nach der Darstellung des Holocausts in Propaganda und Medien sowie drittens nach der Verbreitung von Informationen über die Endlösung in der Bevölkerung, wobei für diesen zweiten Punkte in erster Linie amtliche Berichte über die Haltung der Bevölkerung, Berichte diplomatischer Missionen sowie Geheimdienst Dokumente heranzuziehen sind. Dabei geht es darum, über den jeweiligen

nationalen Rahmen hinaus europaweite Zusammenhänge aufzuzeigen, d.h., in welchen Wellen und auf welchen Wegen Informationen und Gerüchte über den Holocaust verbreitet wurden. Ziel des Projektes ist es, die Frage aufzuwerfen, inwieweit der Holocaust *ein in der europäischen Öffentlichkeit der Kriegszeit präsent*es Phänomen darstellte.

3. Indigene Organisationen und der Holocaust außerhalb des Reiches

Der Holocaust ging von Deutschland aus, ist in seinen Dimensionen aber nicht ohne eine europäische „Infrastruktur“ zu erklären. Die Rolle der ausländischen Regierungen, Organisationen und Personen bei der Realisierung des Holocaust ist erst in den letzten zwei Jahrzehnten in den Focus der Forschung gerückt. Es handelt sich jedoch um eine zentrale Perspektive, wenn man die europäischen Zusammenhänge bei der Verfolgung und Ermordung der Juden untersuchen will. Dabei handelt es sich um sehr vielfältige Formen von Beteiligung: Angefangen bei den Regierungen der anderen „Achsenstaaten“ wie Rumänien, Ungarn, Italien, Bulgarien, über Landesverwaltungen unter Besatzung bis zu regionalen und lokalen einheimischen Administrationen. Einen besonderen Part übernahmen die einheimischen Hilfspolizeien, in Westeuropa bei der Festnahme der Juden, in Osteuropa auch bei deren Ermordung. Schließlich sind auch jene Organisationen zu berücksichtigen, die im alltägliche Leben unter Besatzung wichtige Funktionen einnahmen und zumeist mit Einheimischen besetzt waren: Arbeitsverwaltungen, Wirtschaftsorganisationen, Bahn usw.

Inzwischen ist eine Unzahl von Einzelstudien zu diesen Bereichen veröffentlicht worden, mit Schwerpunkt auf den Regierungen der Achsenstaaten, aber auch einheimischen Polizeien, freilich nur wenig zu den einheimischen Verwaltungen. Diese Forschungen konzentrieren sich zumeist auf einzelne Organisationen, kaum jedoch auf ihre europäischen Zusammenhänge. Das größte Desiderat bleibt die Erforschung der „mittleren und unteren Handlungsebene“². Ziel dieses Projektteil ist es deshalb, 1. zentrale Vorgaben und Steuerungen für die einheimischen Organisationen bei der Judenverfolgung zu untersuchen, 2. die Tätigkeit dieser Organisationen einem europaweiten Vergleich zu unterziehen.

Als Ansatzpunkt hierfür kann zunächst die „mittlere Ebene“ dienen, also regionale Verwaltungs- und Polizeiapparate. Hier ist zu vermuten, dass bei der Auswahl des Personals besondere politische Maßstäbe angelegt wurden, etwa rechtsextremistische Orientierung oder – im Fall der Sowjetunion – Verfolgungserfahrungen durch den Stalinismus. Dieser Bereich

ist noch wenig erforscht, geschweige denn einer komparativen Betrachtung unterzogen worden.

Eine zweiter analytischer Zugriff ergibt sich aus der Betrachtung der Hilfspolizeien auf lokaler Ebene: Hier ist danach zu fragen, inwieweit Personal aus der Vorkriegszeit übernommen wurde, unter welchen Rahmenbedingungen dieses handelte und wie es sich am Holocaust beteiligte. Gerade aus dieser Perspektive kann eine Gesellschaftsgeschichte der Okkupation betrachtet werden, also die Verflechtung von Durchschnittsbevölkerung und Hilfspolizei bei Rekrutierung, Raub, Denunziationen, aber auch bei Hilfs- und Widerstandsaktionen. Im vergleichenden Blick lassen sich sowohl die unterschiedlichen Rahmenbedingungen im besetzten West- und Osteuropa erfassen, als auch Kulturen von Zusammengehörigkeit und Gewalt.

4. Besatzungsverwaltungen, Achsenregime und der Holocaust

Hitler und die Eliten haben von 1938 an ein – kurzlebiges – europäisches Imperium geschaffen. Dabei gingen sie nicht einheitlich vor, sondern schufen komplexe Strukturen, die sich dynamisch entwickelten und den Boden für extreme Gewalt bereiteten, sich zugleich aber auch als fragil erwiesen und Handlungsspielräume für die Akteure in den einzelnen Gebieten entwickelten.

Die Geschichtswissenschaft hat inzwischen im Detail herausgearbeitet, welche fundamentale Rolle die Besatzungsregime für die Ermordung der europäischen Juden gespielt haben. Die Impulse zur Organisation der Verbrechen kamen nicht nur aus den Zentralen in Berlin, sondern auch von der „Peripherie“. Damit gerieten die Besatzungsverwaltungen, ihr Personal, ihre generelle Politik und ihre Logiken in den Blick. Es fehlt auch nicht an übergreifenden Synthesen, die die Besatzungsregime insgesamt betrachten, etwa von Czeslaw Madajczyk, Hans Umbreit oder Werner Röhr, zuletzt in der großen Gesamtdarstellung von Mark Mazower.

Es ist jedoch wenig danach gefragt worden, welche Zusammenhänge zwischen den Besatzungsregimen herrschten *jenseits* der Weisungen aus Berlin, also wie die Besatzungsverwaltungen untereinander kommunizierten, Personal und Erfahrungen austauschten, je überhaupt, über welchen Kenntnisstand die Funktionäre etwa in Westeuropa vom Massenmord in Polen und der besetzten Sowjetunion verfügten. Auch in diesem Themenbereich fehlt an sektoral vergleichenden Analysen, etwa im Bereich der Raub- oder der Zwangsarbeitspolitik.

Ähnliches gilt für die Achsenregime, die über breitere Handlungsspielräume verfügten und nicht alle Verschlüsse aus Berlin übernehmen mussten. Vielmehr entwickelten sie oft eigene Konzepte, die sich an der deutschen Politik orientierten, zugleich aber eigene Traditionen aufnahmen. Dies lässt sich beispielsweise an der Handhabung des Staatsbürgerschaftsrechts gegenüber den jüdischen Einwohner aufzeigen. Wenig ist bekannt über die Interaktion der außerdeutschen Achsenstaaten untereinander, die ja nicht nur von Harmonie bestimmt war, wie etwa das ungarisch-rumänische Beispiel verdeutlicht. Schließlich ist bisher nur wenig beachtet worden, dass die Achsenstaaten ihre eigene Besatzungspolitik praktizierten, so besonders in Jugoslawien und Griechenland.

5. Reaktionen jüdischer Organisationen und Gemeinden

Die Entwicklung antijüdischer Politik in der Zwischenkriegszeit hat in den verschiedenen europäischen Staaten jüdische Organisationen auf den Plan gerufen oder ihre Gründung provoziert, die dem wachsenden Antisemitismus, der wirtschaftlichen und rechtlichen Diskriminierung und gewaltsamen Angriffen gegen auf internationaler Ebene zu begegnen suchten.

In dem Projekt soll untersucht werden, welche jüdischen Organisationen in der Zwischenkriegszeit agiert haben und auf welche Arbeitsgebiete/Aktionsfelder sie sich konzentriert haben. Ferner ist zu analysieren, wie diese Organisationen miteinander auch über Ländergrenzen hinweg kooperiert und Bündnispartner in Institutionen wie dem Roten Kreuz, der Katholischen Kirche, aber auch den in London ansässigen Exilregierungen und den Regierungen neutraler Staaten gesucht haben.

Bei den nationalen jüdischen Organisationen, die auf die Verfolgung der Juden politisch zu antworten suchten, ist zwischen drei Richtungen zu unterscheiden: 1) den Zionisten und Territorialisten, für die die Gründung eines jüdischen Staats die angemessene Antwort auf die wachsende Judenfeindschaft in Europa war; 2) Nicht-Zionisten, wie etwa dem polnisch-jüdischen Bund oder dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die die Rechte der Juden als Bürger des jeweiligen Staats zu verteidigen suchten und 3) die vor allem in Osteuropa stark vertretenen Orthodoxen sowie anderen Kräften, die für eine eigenständige jüdische Kultur in der Diaspora eintraten.

Auf internationaler Ebene waren zum einen Hilfsorganisationen wie das American Joint Distribution Committee (Joint), das Jewish Central World Relief Committee und die Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society (HIAS) tätig. Daneben agierten politische Organisationen wie das Comité des Délégations Juives, aus dem Mitte der 1930er Jahre der Jüdische Weltkongress hervorging, die Jewish Agency sowie die Zionistische Weltorganisation.

Während bei den nationalen Organisationen ihre Reaktionen auf antijüdische Bestimmungen und antisemitische Vorkommnisse im jeweiligen Land zu untersuchen sind, engagierten sich die internationalen Organisationen in den 1920er und frühen 1930er Jahren für den Minderheitenschutz. Welche Netzwerke etablierten sie, um auf antisemitisch motivierte Kampagnen mit den Mitteln der Gegeninformation zu reagieren und welche Themen standen dabei im Vordergrund (Rolle der Juden im Ersten Weltkrieg, Registrieren antisemitischer

Übergriffe in verschiedenen europäischen Staaten)? Inwieweit konnten von Ausweisung bedrohte jüdische Flüchtlinge im ehemaligen Österreich-Ungarn auf jüdische Organisationen zählen?

Von 1933 an wurde die Flüchtlingsfürsorge und die Organisation der Migration zu einem der Haupttätigkeitsfelder jüdischer Organisationen. Nach Kriegsbeginn waren Juden in den besetzten Gebieten auf Unterstützung insbesondere des Joints angewiesen. Als 1941/42 die ersten Informationen über Massenerschießungen von Juden und die systematische Vernichtungspolitik im Westen bekannt wurden, waren es Organisationen wie der Jüdische Weltkongress, die Jewish Agency und die Jewish Telegraphic Agency, die den Informationsfluß gewährleisteten und in den neutralen Staaten (Schweiz, Türkei, Portugal, Schweden) mit dem IKRK und katholischen Organisationen kooperierten sowie mit den in London ansässigen Exilregierungen. Auch hier wäre danach zu fragen, welche Kooperationsstrukturen sich dabei herausbilden, welche Persönlichkeiten (z.B. Gerhard Riegner, Richard Lichtheim, Saly Mayer, A. Silberschein in der Schweiz, Teddy Kollack in Istanbul) darin zentrale Funktionen übernahmen und inwieweit es ihnen gelang, die Alliierten zum Eingreifen gegen die Verfolgung der Juden zu bewegen.

6. Reaktionen der neutralen Länder und Internationalen Organisationen auf die Judenverfolgung in Deutschland

Im Rahmen des Projekts sollen die Reaktionen einer von internationalen Organisationen sowie einer Reihe von neutralen europäischen Ländern auf die Judenverfolgung in Deutschland von 1933 bis 1945 (mit dem Schwerpunkt auf den Jahren seit 1938) systematisch rekonstruiert werden. Eigentlich ist dieser Aspekt von der internationalen Historiographie bis jetzt weit unterbeleuchtet worden. Die Untersuchung soll sich auf das Internationale Rote Kreuz, den Völkerbund und seine Unterorganisationen, internationale humanitäre und Menschenrechtsorganisationen im weitesten Sinne sowie auf die Schweiz, Spanien, Schweden und die Türkei beziehen. Auch die Politik der Vereinigten Staaten bis zum Ende der Neutralität soll in diesem Rahmen tiefer analysiert werden. Die Rolle des Heiligen Stuhles, äusserst wichtig von der Sache her, wird leider zum grossen Teil unerforscht bleiben, bis die Archive des Vatikans nicht für die Historiker grenzenlos frei sein werden. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Bereiche Boykott/Wirtschaftsbeziehungen, die Behandlung der eigenen jüdischen Staatsbürger in Deutschland, die Haltung gegenüber Flüchtlingen sowie

Bestrebungen zur internationalen Ächtung NS-Deutschlands. In dem Projekt geht es insbesondere darum, diese Aktivitäten nicht auf der Ebene von nationaler Politik bzw. einzelnen internationalen Organisationen, sondern als Phänomene von europäischer Bedeutung sichtbar zu machen.